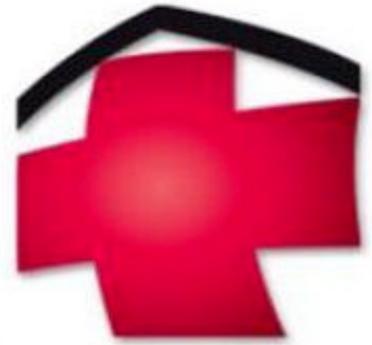


Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) gegen den Willen von 10.000 Bürgerinnen und Bürgern verkauft!

Bürgerbegehren gerichtlich untersagt!



In den letzten sechs Wochen haben viele engagierte Bürgerinnen und Bürgern in Wiesbaden rund 10.000 Unterschriften unter das Bürgerbegehren für eine kommunale HSK gesammelt – weit mehr als nötig gewesen wären, um einen Bürgerentscheid zu erreichen. Wir bedanken uns bei allen, die sich in den letzten Wochen für das Bürgerbegehren eingesetzt haben.

Der Verwaltungsgerichtshof Kassel hat am 28.03.2012 das Bürgerbegehren für eine kommunale HSK für „verfristet“ erklärt. Noch am gleichen Tag unterschrieb Bürgermeister Arno Gossmann den Vertrag mit der Rhön Klinikum AG.

Katz- und Maus-Spiel

Die Begründung des Gerichts für die „Verfristung“ wirkt fadenscheinig und ist schwer nachvollziehbar. Tatsache ist: Am 17. November 2011 hatte das Stadtparlament den Antrag der Fraktion Linke&Piraten („*Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, auf die Teilprivatisierung der HSK zu verzichten*“) mehrheitlich abgelehnt. Dieser Negativbeschluss konnte nicht Gegenstand eines Bürgerbegehrens sein. Es konnte erst eingeleitet werden, nachdem der konkrete Beschluss über die „Beteiligung eines strategischen Partners“, nämlich der Rhön Klinikum AG, am 09.02.2012 gefasst wurde.

Die Bürgerinnen und Bürger sind hier einem Katz-und-Maus-Spiel mit juristischen Spitzfindigkeiten ausgeliefert, bei dem man es drehen und wenden kann wie man will. Heraus kommt in

Kurier-Umfrage zeigt: Mehrheit gegen HSK-Verkauf

Bei einer Online-Umfrage des Wiesbadener Kurier sprachen sich 65,58 Prozent der 674 Abstimmenden gegen und nur 28,04 Prozent für die Teilprivatisierung der HSK aus. 6,38 Prozent hatten keine Meinung.

Kommen Sie zur Protestkundgebung

**Mittwoch, 4. April 2012
17 bis 19 Uhr
Mauritiusplatz
Wiesbaden**

jeden Fall nur eines: die nach der Hessischen Gemeindeordnung mögliche, ja erwünschte Bürgerbeteiligung wird ausgehebelt.

Prozesskosten als Denkmittel?

Zudem halst das Gericht sämtliche Prozesskosten (auch die Anwaltskosten der Gegenseite) den Bürgerinnen und Bürgern auf, die von ihrem Recht Gebrauch machten. Ist dies als Abschreckung für künftige Bürgerentscheide gedacht?

Aufklärung über Entstehung und einzelne Posten des Defizits der HSK wird verweigert

Der Verkauf von Anteilen der HSK hat noch einen anderen Aspekt: Die Klinik schreibt im operativen Betrieb schwarze Zahlen. Wie ist es zu dem 100 Millionen-Defizit gekommen? Wer hat sie zu verantworten? „*Das ist eine gute Frage*“, meint Sven Gerich, Vorsitzender der SPD-Ratshausfraktion, im FR-Interview am 27.03.2012. Die Fehler seien in der Vergangenheit gemacht worden, man habe sie nicht zu verantworten, man habe jetzt handeln müssen. Diese Frage richtet sich an Stadtrat Bendel (CDU), vor Bürgermeister Arno Gossmann Aufsichtsratsvorsitzender der HSK, und an HSK-Geschäftsführer Holger Strehlau. Seitens der SPD wird sie nicht gestellt. Im Zuge der (Teil-)Privatisierung soll sie vertuscht werden. Das Bündnis für eine kommunale HSK wird dies nicht zulassen! >>>>>>

Fortsetzung von der Vorderseite:
Ein Blick über den Tellerrand

Paradoxerweise erfolgt der Verkauf an die Rhön AG zu einem Zeitpunkt, da der neu gewählte Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) für die Rekommunalisierung formal privatisierter Betriebe eintritt und der Magistrat der Stadt Marburg und der Senat der Uni-Kliniken Gießen/Marburg (UKGM) vom hessischen Ministerpräsidenten Bouffier den Rückkauf der Kliniken durch das Land fordern.

Nach jahrelangem Stellenabbau und Sparmaßnahmen war die Rhön AG Ende Februar 2012 hessenweit mit der Ankündigung in die Schlagzeilen geraten, zur Kostensenkung 500 Stellen an den UKGM zu streichen, obwohl dort im Jahr 2011 ein Gewinn von 15,2 Millionen Euro erwirtschaftet wurde. Dies löste eine Welle der Empörung aus. Am 17. März 2012 demonstrierten ca. 2500 Ärzte, Pflegekräfte, Patienten, Politiker und Gewerkschafter in der Marburger Innenstadt gegen den drohenden Stellenabbau.

Bündnis für eine kommunale HSK
c/o ver.di Büro Wiesbaden
Bahnhofstr. 61, 65185 Wiesbaden
Sprecher: Dr. Michael Forßbohm
mobil 0151 226 20 407
www.hsk-pro-kommunal.de
Stand: 30. März 2012

**Human
Sozial
Kommunal**

Zukunft der HSK?

Es ist nicht zu erwarten, dass es der HSK unter dem Dach der Rhön AG besser ergehen wird als den Unikliniken Gießen/Marburg. Zwar will sich die Rhön AG dem Vernehmen nach an der Entschuldung der Klinik und an einem Neubau beteiligen. Aber der Preis ist hoch: Trotz 49%-Beteiligung wird dem Konzern die Mehrheit der Gesellschafterversammlung zugesprochen und von drei HSK-Geschäftsführern stellt Rhön zwei. Der Stadt Wiesbaden bleibt ein Veto-Recht. Auf lange Sicht kann Rhön auch die restlichen Anteile erwerben. Es wird immer betont, dass es bis 2015 keine betriebsbedingten Kündigungen geben solle. Und dann? Was nach fünf Jahren Privatisierung geschieht, können wir zur Zeit am Beispiel Gießen und Marburg studieren. Wenn die Renditeerwartungen nicht erfüllt sind, wird Personal entlassen, ohne Rücksicht auf die Folgen.

Der Wiesbadener Magistrat nimmt die schlechten Erfahrungen nicht zur Kenntnis, die die Beschäftigten des privatisierten Universitätsklinikums Gießen Marburg (UKGM) und die Patienten in Mittelhessen mit der Rhön Klinikum AG gemacht haben. Stattdessen setzt er Beschäftigte der HSK und Patienten in unserer Region dem Gewinnstreben einer börsennotierten Aktiengesellschaft aus.

Was tun? Wir bitten Sie um Mithilfe:

- Senden Sie bitte alle noch vorhandenen Unterschriften an die ver.di-Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 61, 65185 Wiesbaden, oder an die Rechtsanwaltskanzlei Strauch & Jung, Schützenhofstraße 3, 65183 Wiesbaden, oder geben Sie sie an unserem Infostand ab.
- Helfen Sie uns, die Kosten für die Verwaltungsgerichtsverfahren zu tragen und spenden Sie auf das Solidaritätskonto Dr. Helmut Arnold, Konto-Nr. 260 443 200, Postbank, BLZ 200 100 20, Kennwort: HSK pro kommunal
- Die Rhön Klinikum AG braucht Kontrolle: Helfen Sie uns, dem neuen Kliniksbetreiber auf die Finger zu sehen und informieren sie uns über unsere Homepage www.hsk-pro-kommunal.de über Missstände in den HSK.
- Kommen Sie zur Protestkundgebung am Mittwoch, 4. April 2012, 17 bis 19 Uhr auf den Mauritiusplatz in Wiesbaden.